

# Untiefen und Leuchttürme

Das UNO-Flüchtlingshilfswerk zählt inzwischen 1,1 Millionen Kinder, die sich vor der Kriegsgewalt in Syrien auf der Flucht befinden. Darunter zigtausend – und täglich mehr – verletzt und verstümmelt. Beine bis auf Reststümpfe von Minen abgerissen. Körper und Köpfe selbst von Kleinkindern zerschossen. Von Granatsplittern zerfetzte Gliedmaßen, Gesichter und Kinderseelen finden keine bedarfsgerechte medizinische Behandlung.

Diejenigen denen es angesichts dessen zu riskant wird, hierzulande weiter auf eine großzügigere Flüchtlingsaufnahme zu warten, und so die Rettung von Angehörigen und Bekannten selbst in die Hand nehmen, erwarten mehrjährige Gefängnisstrafen wegen „Schleuserei“. Auf die Frage, was das soll, referiert der hoffentlich alsbald im Amt des Bundesinnenministers obsolete Hans-Peter Friedrich seine so krude wie banale Rechtfertigungsprosa: „Im Grunde geht es darum, dass nicht beliebig viele Menschen aus der ganzen Welt nach Deutschland kommen können“.

Ein anderer Innenminister, Andreas Breitner, stapft derweil zwischen Papphütten eines vermatschten Slums im Mazedonischen Skopje herum und verkündet angesichts des Diskriminierungselends der dort gettoisierten Roma das Ende der Geduld: „Ich werde auf Veränderung drängen, denn die Mehrheit der Armutsflüchtlinge gefährdet den gesellschaftlichen Konsens, dass politische Flüchtlinge geschützt werden müssen“. Die dazugehörige Realpolitik verkünden die künftigen Bundesgroßkoalitionäre in Berlin: „Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten einstufen“. Die Grünen im Kieler Landtag gehen da nicht mit. Die Entscheidung über die humanitäre Selbstverständlichkeit eines Winterabschiebungsmoratoriums für „Balkan-Flüchtlinge“ gerät zum Hauen und Stechen.

Auch Muslimen – gleich welcher Nationalität – werden hierzulande weniger Möglichkeiten vergönnt: Der Aussage, dass Muslimen nicht die gleichen Rechte eingeräumt werden sollten, wie allen anderen, stimmen 27% Befragte einer Studie voll und ganz und weitere 30% zumindest überwiegend zu. Die betroffene Bevölkerung muss in Medien regelmäßig die Hetze sogenannter Islamkritik über sich ergehen lassen. Auf dem Arbeitsmarkt bestehen für Mitglieder islamischen Glaubens besondere Hürden. Die Fraktionen im Kieler Landtag sind sich bezüglich bestehender Handlungsbedarfe gegen antimuslimische Diskriminierung einig. An überzeugenden Gegenstrategien mangelt es indes noch.

Derweil rücken diejenigen, die einen gegen Flüchtlinge und ethnische Minderheiten gerichteten Konsens nicht mittragen wollen, in Schleswig-Holstein enger zusammen. In Glinde erhalten die Islamische Moscheegemeinde und die Bürgerinitiative gegen rechts den „Leuchtturm des Nordens“ für ihre bedingungslose Sorge um afrikanische Flüchtlinge. Der nordfriesische Landrat fordert gemeinsam mit Lobbygruppen und Migrationsfachdiensten das ultimative Ende der normierten Ausgrenzung von Flüchtlingen. In Flensburg verabschiedet der Stadtrat eine Resolution gegen Abschottung und für ein Mehr an humanitärer Flüchtlingsaufnahme. Und im März kommen aus allen Ostseeanrainern Menschen in Kiel zusammen, um sich für die künftigen Bedarfe einer auch über nationale Grenzen hinweg gut vernetzten Flüchtlingsolidaritätsarbeit gemeinsam fit zu machen.

5. Dezember 2013

Martin Link

## Impressum

Das Magazin für Migration und Flüchtlingsolidarität in Schleswig-Holstein - Der Schlepper wird herausgegeben vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Angebote zur Mitarbeit sind erwünscht. Beiträge bitte nur als Text-Datei zusenden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion wider. Nr. 67/68 erscheint mit der Dokumentation der Vortragsreihe „Islamfeindlichkeit“, die von Januar bis Mai 2013 in Kiel stattgefunden hat.

**Redaktion:** Martin Link (v.i.S.d.P.), Andrea Dallek, (schlepper@frsh.de)

**Layout:** Magazin Verlag Kiel & Karimix, Den Haag, NL · **Druck:** hansadruck, Kiel

**Fotos:** Farah Karimi, Den Haag, NL (siehe S. 6), einzelne Fotos: Reinhard Pohl (Seite 71), Jessica Kordouni (Seite 84).

**ISBN:** 978-394 1381-17-9 · **Schlepper online im Internet:** www.frsh.de/schlepper/

**Förderung:** Diese Ausgabe ist gefördert durch die Diakonie SH, den KED, PRO ASYL und die UNO-Flüchtlingshilfe e.V.

**Bezugs- & Redaktionsadresse:** Der Schlepper · Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. · Oldenburger Str. 25 · D-24143 Kiel · Tel.: 0431-735 000 · Fax: 0431-736 077 · office@frsh.de · www.frsh.de

**Spenden für die Flüchtlingshilfe in Schleswig-Holstein** sammelt der FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat S.-H.: EDG Kiel, Konto: 383 520, BLZ: 210 602 37 · IBAN: DE94 2106 0237 0000 3835 20 · Solidarität kostet Geld und braucht Unterstützung!

**Mitglied werden** im FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat SH: www.frsh.de

**Diakonie**  
Schleswig-Holstein

**KED**  
Kirchlicher Entwicklungsdienst  
der Nordkirche

**PRO ASYL**  
Förderverein PRO ASYL e.V.

**UNO-Flüchtlingshilfe**